

Rede von Stadträtin Mirow

zur Haushaltsverabschiedung im Gemeinderat am 20.12.2018

*- es gilt das gesprochene Wort –*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Oberbürgermeister, liebe Bürgermeister, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und liebe Gäste,

in der letzten Rede habe ich unsere Änderungsanträge zum Haushalt eingebracht und nun, nach einigen langen Abenden der Beratung können wir uns im gemeinsamen Haushaltspaket soweit wiederfinden, dass wir dem ganzen auch zustimmen werden.

Das ist kein Automatismus. Wir stimmen einem Haushalt nicht aus Prinzip zu. Ab einem bestimmten Punkt stellt ein Kompromiss eine so starke Verwässerung von dem dar, was man eigentlich erreichen wollte, dass man sich dann auch eben nicht darin wiederfinden kann.

Auch in diesem Paket gibt es eine Reihe von Kompromissen, die wir uns gehaltvoller gewünscht hätten. Aber wir haben gesagt, wir wollen im Bereich Soziales, beim Thema Wohnen und bei der Inklusion Akzente setzen und es wurde einiges aufgenommen.

Besonders wichtig war uns, das Sozialticket bezahlbarer zu machen. Schließlich ist das Heidelberger Sozialticket mit einer Nutzungsquote von 50% ein unbestreitbares Erfolgsprojekt und mit der kommenden Vergünstigung werden Sozialleistungsbeziehende künftig entlastet – das ist ein guter Schritt und war uns ein wichtiges, sozialpolitisches Anliegen.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen, die im Bericht zur sozialen Lage vorgeschlagen wurden, sind wir nun auch einen Schritt weiter. Schließlich haben wir eine Reihe von kurzfristigen Maßnahmen in der Arbeitsgruppe zum Bericht zur sozialen Lage gemeinsam erarbeitet, die gilt es nun zu verwirklichen. Ich hätte mir gewünscht, dass die Priorisierung der Maßnahmen gemeinsam mit den Sozialverbänden in dieser Arbeitsgruppe geschieht. Wir werden das auch in die Diskussion einbringen, schließlich beinhaltet der Bericht auch Vorschläge für mittel- und langfristige Maßnahmen. Die Arbeitsgruppe sehe ich hier deswegen auch weiterhin als erforderlich an. Nun erwarten wir die Umsetzungsberichte der ersten Maßnahmen und freuen uns auf die Diskussion, wie man das gegebenenfalls noch erweitern und ausbauen kann.

Im Bereich der Kinderbetreuung haben wir ein – wie ich finde – sehr gutes, gemeinsames Paket geschnürt. Uns schwebte ein kostenloses Mittagessen an Schulen und Kitas vor, zumindest aber eine Erweiterung des Berechtigtenkreises für die vergünstigten 1-Euro-Essen oder dessen weitere Vergünstigung. Dies wurde nun in den SPD Antrag integriert, das Gutscheinmodell auch auf die Beitragsstufe II der derzeitigen Entgeltssystematik auszuweiten. Damit können auch Kinder von Eltern mit niedrigen Einkommen nun 1-Euro-Essen in Anspruch nehmen. Für uns ein Schritt in die richtige Richtung.

Zudem haben wir uns über den Antrag selbst auch sehr gefreut. Das ist ein guter sozialpolitischer Aufbruch, nicht nur Sozialleistungsbeziehende, sondern auch Menschen mit niedrigen Einkommen stärker zu unterstützen. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe hat dazu auch noch eine Reihe weiterer Vorschläge zum Ausbau und zur besseren Bezahlbarkeit der Kinderbetreuung auf den Weg gebracht.

So sollen beispielsweise kinderreiche Familien dadurch entlastet werden, dass diese ab dem dritten Kind beitragsfrei in die Kita gehen können. Wir machen damit einen großen Schritt in Heidelberg. Und auch wenn wir vage Befürchtungen hatten, dass uns Herr Heiß als oberster Stadtkämmerer dafür ans Leder geht, ist es richtig, die kommenden Mittel so zu verwenden. Wir schaffen damit gute Voraussetzungen für Familien, die sich künftig nicht nur darauf verlassen können, besser einen Betreuungsplatz zu finden, sondern in den unteren Einkommensschichten dabei auch finanziell entlastet werden.

Was uns auch gefreut hat ist, dass die Preissenkung für das Frauennachttaxi enthalten ist. Hier wird insbesondere für Frauen mit Heidelberg-Pass eine Gerechtigkeitslücke geschlossen, denn für sie hat sich die Fahrt nach der letzten Preisanpassung von sechs auf sieben Euro erhöht. Nun wird die Fahrt einheitlich sechs Euro kosten.

Auch in diesem Haushalt haben wir eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer vorgeschlagen, auch in diesem Haushalt wurde dieser Vorschlag nicht aufgenommen. Ich sehe das sportlich, denn ich bin mir sicher: Der Haushalt wird kommen, an dem Ihr das zähneknirschend aufnehmen werdet. Und wenn die Welt gerecht ist, werde ich dann wieder hier die Haushaltsrede halten dürfen.

Was uns neben den sozialen Projekten sehr am Herzen lag, war der Bereich Wohnen. Auch hierzu gab es eine interfraktionelle Arbeitsgruppe und auch wenn die Ergebnisse dieser Gruppe vielleicht etwas weniger gehaltvoll sind als die der Gruppe Kinderbetreuung, so sehen wir hier dennoch Fortschritte. Zu wenig um zu sagen, wir wären zufrieden. Aber doch deutlich genug um zu sagen, wir stimmen zu.

Zuvorderst begrüßen wir den Schritt der Verwaltung, das Eigenkapital der GGH zu erhöhen. Das schwebte uns ebenfalls vor. Sinnvoll wäre es, die Eigenkapitalerhöhung der GGH mit einigen Zielstellungen zu verbinden. Zielstellungen sind keine Zweckbindung und Vorschläge machen kann man immer. Wir schlagen vor, den Wohnungsbestand der GGH deutlich zu erhöhen. Dafür wird nun mittelfristig ein Anteil an den Mietwohnungen von 30% vorgegeben. Dabei soll der Bestand an Wohnungen insbesondere in den Stadtteilen erhöht werden, wo bisher ein niedriger Anteil an Sozialwohnungen besteht.

Die Sozialquote soll nun künftig 30% bei Neubau betragen, das war für uns ein Kompromiss hart am Rande der Verwässerung. Denn wir fordern einen wesentlich höheren Anteil von Sozialwohnungen. Schließlich gibt es hierfür eine Finanzierung über die Landeswohnraumförderung und zusätzlich wird der Kaufpreis der BIMA für jede neue Sozialwohnung um 25.000 EUR gesenkt. Unter diesen Voraussetzungen ist es doch kaum nachvollziehbar, warum wir dieses Instrument nicht deutlich mehr gebrauchen.

Ich sagte es schon mehrfach und will es hier wieder tun. Die Grenzen dessen, was eine Person monatlich verdienen kann und trotzdem noch einen Anspruch auf eine so geförderte Wohnung hat, sind

recht hoch und reichen bis in die obere mittlere Einkommensschicht. Wer also argumentiert, dass Sozialwohnungen mit einem gesellschaftlichen Stigma versehen seien und die Leute diese nicht wollen, der versäumt entweder auf genau jene Einkommensgrenzen hinzuweisen, oder pflegt überwiegend Kontakte mit Menschen, die zufrieden sind in ihrer Wohnung. Den vielen Menschen aber, die aus der Stadt herausgedrängt werden oder verzweifelt hier eine Wohnung suchen, denen ist nicht zu vermitteln, warum wir nicht deutlich mehr Sozialwohnungen bauen, zumal sie uns günstiger denn je kommen!

Was uns hingegen gefreut hat war die Bereitschaft, unsere Anträge rund ums Thema barrierefreie Stadt aufzunehmen. Beispielsweise eine mobile, barrierefreie Toilette oder die Erhöhung der Mittel für den barrierefreien Ausbau der ÖPNV-Haltestellen, wobei der Ausbau der Haltestelle Rohrbach-Süd nun provisorisch angegangen wird. Das war uns wichtig. Wir hatten das schon mehrmals besprochen, wir hatten dazu sogar schon einen Antrag und nichts ist geschehen. Rohrbach-Süd ist für Menschen, die auf einen barrierefreien Nahverkehr angewiesen sind, enorm wichtig. Wir hoffen, dass das schnellstmöglich angegangen wird – und sei es auch erstmal nur als Provisorium.

Doch auch bei den übrigen Haltestellen brauchen wir mehr Druck. Schließlich haben wir um die 250 noch auszubauende Haltestellen und bei 2-3 pro Jahr, die ursprünglich geplant waren, kann man ja ausrechnen, wann wir fertig geworden wären.

Im Bereich der Inklusion haben wir mit den Grünen zusammen einen Antrag enthalten für eine halbe Stelle zur Beratung für barrierefreies Bauen und Wohnen, auch das ist eine gute Sache.

Für uns bleibt natürlich auch einiges übrig, diese Dinge werden wir zum Teil nun in den nächsten zwei Jahren in die Ausschüsse einbringen.

So hatten wir einen Antrag gestellt, die Stadt möge ein Konzept für mögliche Räumlichkeiten eines neuen Autonomen Zentrums erstellen. Ich erinnere daran, dass bei dessen Räumung neue Räumlichkeiten versprochen wurden. Das Thema ist nicht vom Tisch, auch wenn es inzwischen schon eine Weile her ist. Aber wir werden weiterhin daran erinnern. Unser Antrag war anscheinend nicht für alle deutlich genug formuliert, weswegen ich hier klarstellen möchte: wir wollten ein Raumkonzept von der Stadt, kein inhaltliches Konzept. Ich kann mir vorstellen, dass dies bei einigen Beschäftigten in der Stadtverwaltung für Irritationen gesorgt hat, auch wenn mich - und das muss ich hier zugeben - die Vorlage dazu wirklich interessiert hätte.

Leider werden wir die Ideen und Anregungen der Stadtverwaltung dazu nun nicht hören, aber wir werden das Thema wiederaufnehmen. Vielleicht ergibt sich da ja noch etwas. Auch das Thema Ermäßigung bei der Hundesteuer werden wir in den Ausschuss einbringen.

Abschließend muss ich sagen, es war ein zähes Ringen und es waren eine Reihe von Abende – aber ich denke, wir haben ein annehmbares Paket erarbeitet.

Nun hoffe ich nur, dass die noch kommenden Großprojekte uns nicht in die nächsten Haushalte komplett reinschießen. Aber wenn alle Stricke reißen, können wir sicher auch nochmal über die Gewerbesteuer sprechen.